Anfrage

der Abgeordneten Dr. Rainer Hable, Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Email Verkehr Bayern LB

Die Verstaatlichung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG im Jahre 2009 verdient besonderes Augenmerk in der langen Liste der Skandale rund um die ehemalige Kärntner Landesbank.

War es doch dieser eine Akt, der fast die gesamte, in vielen Jahren angehäufte Schadenssumme von mindestens 10 Mrd. Euro mit einem Schlag auf die österreichischen Steuerzahler_innen übertrug.

Als Begründung für diesen schwerwiegenden Schritt, der größten finanziellen Einzelbelastung der 2. Republik, hatten die Verantwortlichen grundsätzlich drei Antworten kommuniziert:

1) Wir hatten keine Zeit
2) Wir hatten keine Informationen
3) Wir hatten keine Alternative

Ausgehend von diesen Stellungnahmen und nach Durchsicht unzähliger Unterlagen aus öffentlich zugänglichen Quellen, aber auch von Dossiers, Korrespondenz sowie Gutachten, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, versuchten wir, die Umstände der Verstaatlichung, chronologisch nachzuvollziehen.

Das folgende Dokument widerspricht den Kernaussagen der damaligen Bundesregierung:

[redacted] (StMF)

Von: [redacted] (StMF)
Gesendet: Dienstag, 24. November 2009 15:36
An: [redacted] (StMF)
Cc: [redacted] (StMF)
Betreff: WG: HGAA - weiteres Vorgehen

Von: Haas, [redacted] bayernlb.de]
Gesendet: Dienstag, 24. November 2009 14:46
An: [redacted] (StMF); [redacted] (StMF)
Cc: [redacted]
Betreff: HGAA - weiteres Vorgehen

Sehr geehrte Herren,

Im Nachgang zum gestrigen Gespräch mit STM Fahrenschon möchte ich Sie darüber informieren, dass wir derzeit an unten angefügten Eckpunkten einer etwaigen "Zwischenlösung" arbeiten.

Diese werden wir auch morgen früh präziser zu dem Gespräch um 8 Uhr mit Minister Fahrenschon mitbringen.

Wie soeben mit [redacted] esprochen, bat mich [redacted] mit Ihnen zu klären, ob es sinnvoll sein könnte, jetzt einen Brief von STM Fahrenschon an Minister Pröll mit etwa folgendem Inhalt zu schreiben:

Sehr geehrter Herr Minister,

ich komme zurück auf unser Telefonat vom 20.11.2009, in dem ich Sie über den kurzfristigen Handlungsbedarf zur Stabilisierung der HGAA informiert und um ein persönliches Gespräch gebeten habe. Ziel eines solchen Gespräches sollte sein, gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Wie vereinbart hat zwischenzeitlich am 23.11. ein Gespräch mit Vertretern Ihres Hauses und der BayernLB stattgefunden, in dem die BayernLB Überlegungen zur Stabilisierung der HGAA präsentiert hat. Die BayernLB hat ebenfalls auf den kurzfristigen Handlungsbedarf hingewiesen. Ferner hat inzwischen auch der Vorstand der HGAA Kontakt mit der Finanzprokuratur aufgenommen, um dem Informationsbedarf der Republik Rechnung zu tragen.

Inzwischen arbeitet die BayernLB an einem Vorschlag, wie eine kurzfristige Stabilisierung der HGAA unter Einbindung der übrigen Aktionäre und der Republik Österreich erreicht werden kann.

Angesichts der Notwendigkeit, kurzfristig eine Lösung zu finden rege ich an, dass wir schnellstmöglich ein Gespräch führen, um grundsätzliche Weichenstellungen zur Stabilisierung der HGAA vorzunehmen, die dann Grundlage für die weiteren Verhandlungen bilden.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Nur für das STMF - nicht Bestandteil des Briefes: mögliche Eckpunkte für eine Stabilisierung der HGAA - vorläufige Arbeitsfassung

[redacted]

Annahme:

Die BayernLB bleibt bei ihrer Haltung, kein neues Eigenkapital für die HGAA zur Verfügung zu stellen.
Es wird zunächst das Ziel weiterverfolgt, die kurzfristig die Abgabe der HGAA an die Republik zu erreichen.

Da jedoch zu erwarten ist, dass die Republik keine kurzfristige Übernahme der HGAA vollziehen wird, sondern zunächst nur eine Zwischenlösung realistisch ist, wird folgende Strukturierungsvariante vorgeschlagen, die zeitversetzt zum gleichen Ergebnis (Abgabe der Mehrheit ohne Zuführung von frischem EK) führen soll:

- keine weitere Zufuhr an EK
- kurzfristiger Beitrag der Republik (aktivseitige Garantie) zur Sicherstellung der aufsichtsrechtlich notwendigen Kapitalquoten
- Anmeldung bei der EU als Rettungsbeihilfe durch die Republik Österreich mit der Verpflichtung ein Umstrukturierungskonzept im Jahr 2010 vorzulegen.
- Erarbeitung eines Langfristkonzeptes, das der BayernLB einen Exit ermoeglicht
  - via Verkauf oder
  - Sanierungskonzept, welches zu Dekonsolidierung führt
- möglichst geringe negative Implikationen (z.B. plötzlicher Entzug einer Garantie) auf Bilanz der BayernLB nach 2009:
  - evt. Vollabschreibung der Beteiligung zu im Jahresabschluss 2009.
  - Entzug der Garantie der Republik und Ersatz durch ein anderes Instrument erst zu einem Zeitpunkt, wenn die Mehrheit durch die BayernLB abgegeben wurde und damit das dann entstehende negative Ergebnis der HGAA nicht mehr in die Konzern-GuV wirksam wird
- Zusicherung der BayernLB: Bestehendes Funding wird nicht abgezogen.
- Zugleich Klarstellung, dass die BayernLB ihr Funding Exposure nicht erhöht. Das bedeutet, dass Fundinggarantien von der Republik/dem Land Kärnten zu stellen sind.
- Republik Österreich und BayernLB sind sich einig, dass Miteigentümer als Voraussetzung jeglicher Sanierung auf Syndikatsvertrag verzichten muessen (erhöht Möglichkeit eines (Teil)Verkaufs)
- Beitrag der Miteigentümer kann sich auf
  - Landesgarantien oder Uebernahme gewisser illiquider Assets (Hotel Velden etc.) beziehen bzw.
  - Uebernahme von Assets die in die Versicherungsveranlagung passen beziehen (GraWe)

Wie vereinbart hat zwischenzeitlich am 23.11. ein Gespräch mit Vertretern Ihres Hauses und der BayernLB stattgefunden, in dem die BayernLB Überlegungen zur Stabilisierung der HGAA präsentiert hat. Die BayernLB hat ebenfalls auf den kurzfristigen Handlungsbedarf hingewiesen. Ferner hat inzwischen auch der Vorstand der HGAA Kontakt mit der Finanzprokuratur aufgenommen, um dem Informationsbedarf der Republik Rechnung zu tragen.

Inzwischen arbeitet die BayernLB an einem Vorschlag, wie eine kurzfristige Stabilisierung der HGAA unter Einbindung der übrigen Aktionäre und der Republik Österreich erreicht werden kann.

Angesichts der Notwendigkeit, kurzfristig eine Lösung zu finden rege ich an, dass wir schnellstmöglich ein Gespräch führen, um grundsätzliche Weichenstellungen zur Stabilisierung der HGAA vorzunehmen, die dann Grundlage für die weiteren Verhandlungen bilden.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

STAATSMINISTER

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen · Postfach 22 00 03 · 80535 München

II.
Herrn
Bundesminister für Finanzen
Josef Pröll
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

Telefon
089 2306-2270

Telefax
089 2306-2805

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom 51 – VV 9200/19 – 1- 48217/09	Datum

Stabilisierung der HGAA

Sehr geehrter Herr Minister,

ich komme zurück auf unser Telefonat vom 20. November 2009, in dem ich Sie über den kurzfristigen Handlungsbedarf zur Stabilisierung der HGAA informiert und ein persönliches Gespräch angeboten habe. Ziel eines solchen Gespräches sollte sein, gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Wie in einem zweiten Telefonat am 20. November 2009 von Ihnen vorgeschlagen hat zwischenzeitlich am 23. November 2009 ein Gespräch mit Vertretern Ihres Hauses und der BayernLB stattgefunden, in dem die BayernLB die Lage der HGAA offengelegt und Überlegungen zur Stabilisierung der HGAA präsentiert hat. Die BayernLB hat darüber hinaus gegenüber OeNB und FMA auf den kurzfristigen Handlungsbedarf hingewiesen. Wunschgemäß hat schließlich am Dienstag, 24. November 2009, der Vorstand der HGAA Kontakt mit Ihrer Finanzprokuratur aufgenommen, um dem Informationsbedarf der Republik Rechnung zu tragen.

Dienstgebäude
Odeonsplatz 4
80539 München

Öffentliche Verkehrsmittel
U3, U4, U5, U8 Odeonsplatz

Telefon
Vermittlung
089 2306-0

E-Mail
poststelle@stmf.bayern.de
Internet
www.stmf.bayern.de

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehende

Anfrage:

1. Ist Ihnen dieses Dokument bekannt?
   a. Wenn ja, seit wann?
2. Haben Sie im Zuge der Verhandlungen um die Verstaatlichung je den Vorschlag einer Zwischenlösung bzw. einer Alternative zur Verstaatlichung oder Insolvenz erwogen?
   a. Wenn nein, warum nicht?
   b. Wenn ja, welche Vorschläge bestanden konkret und warum wurden diese wieder verworfen?
3. Sind Sie nach wie vor der Meinung, dass es keine Alternative zur Verstaatlichung bzw. Insolvenz gab?